

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Wilhelm (CDU)

und

Antwort

des Chefs der Staatskanzlei

Zerwürfnis in den amerikanisch/rheinland-pfälzischen Beziehungen

Die Kleine Anfrage 835 vom 2. Juni 1992 hat folgenden Wortlaut:

Am Ende seiner Amerika-Reise Anfang November 1991 hat der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Rudolf Scharping nach einem Bericht der Mainzer Allgemeinen Zeitung festgestellt, daß er das Ziel seines Besuches erreicht und eine Reihe von Leuten an wichtigen Stellen für die rheinland-pfälzischen Probleme sensibilisiert habe. Er wundere sich, daß nicht schon frühere USA-Reisende erkannt hätten, wie stark man sich „auf mehreren Spielfeldern bewegen“ müsse: Im Repräsentantenhaus, dem Senat, der Administration und vor allem in den „Think-Tanks“, den Beraterkreisen der Minister sowie des Präsidenten. Weiter stellte der Ministerpräsident fest, daß es sich als völlig richtig herausgestellt habe, „daß die Landesregierung einen erfahrenen Fachmann mit guten Kontakten in den Kongreß und die Verwaltung verpflichten konnte“. Bei diesem Fachmann soll es sich um den Washingtoner Anwalt Thomas Farmer handeln, der eingetragener „Lobbyist“ der Landesregierung geworden sei.

Weiter hat Ministerpräsident Scharping eine weitere Amerika-Reise für den Sommer 1992 angekündigt.

Im Zusammenhang mit der Kündigung von Aufträgen für die Mainzer Panzerwerke (MIP) hat Ministerpräsident Scharping am 14. Mai 1992 in der gleichen Zeitung erklärt, er halte das US-Verhalten für „schändlich“. Wörtlich schreibt die AZ: „Das Verhalten der Amerikaner nannte Scharping ‚politisch schändlich‘. Hier würden ‚Leute wie Spielbälle benutzt‘. Der Ministerpräsident warf dem Pentagon vor, eine Chance für modellhafte Konversion nicht wahrgenommen zu haben.“

Ich frage die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen hat die Landesregierung die bedrohliche Situation für die MIP Mainz beim Besuch im November 1991 nicht angesprochen und entsprechende Lösungsvorschläge unterbreitet, obwohl die für MIP bedrohliche Auftragslage schon bekannt war?
2. Wie beurteilt die Landesregierung ihre angeblich so guten Kontakte zu den amerikanischen Stellen vor dem Hintergrund des MIP-Debakels?
3. Was hat zum offensichtlichen Ruin der amerikanisch/rheinland-pfälzischen Beziehungen in so kurzer Zeit geführt?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die Auswirkungen des Beschlusses des SPD-Bezirksparteitages Pfalz auf die Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Rheinland-Pfalz und die Vergabe von Aufträgen für rheinland-pfälzische Firmen?
5. Wann und gegebenenfalls was hat der Lobbyist der Landesregierung unternommen, um das MIP-Desaster zu verhindern?
6. Welchen konkreten Betrag kostet den rheinland-pfälzischen Steuerzahler die anwaltliche Lobbyisten-Tätigkeit in Washington?
Sieht die Landesregierung in einer Kosten-Nutzen-Relation diesen Betrag als gerechtfertigt an?
7. Wird der angekündigte Besuch des Ministerpräsidenten in Washington im „Sommer 1992“ stattfinden, und was wird der Ministerpräsident dabei unternehmen, um den Arbeitnehmern der MIP zu helfen?

Der Chef der Staatskanzlei hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 24. Juni 1992 wie folgt beantwortet:

Die Überlegungen in Regierung und Kongreß der USA über die künftige Stärke der US-Truppen in Europa und damit auch in Rheinland-Pfalz befinden sich in einer entscheidenden Phase. Die Landesregierung hält es daher für geboten, die Belange von Rheinland-Pfalz, die sich aus der besonderen Stellung des Landes als größter amerikanischer Truppenstandort in Europa

ergeben, direkt in Washington zu vertreten. Die Landesregierung ist überzeugt, daß der Abbau von Truppen politisch, wirtschaftlich und sozial nur dann erfolgreich bewältigt werden kann, wenn sich dieser Prozeß in partnerschaftlichem Geist und auf der Basis gemeinsamer Interessen vollzieht.

In diesem Sinne handelt die Landesregierung, in diesem Sinne hat sie sich – gemeinsam mit der Bundesregierung – für die Zukunftssicherung von MIP eingesetzt und dabei in einem offenen Dialog auch die schwierige Lage berücksichtigt, in der sich die USA zu Hause in Sachen Truppenabbau befinden.

Im einzelnen beantworte ich die Kleine Anfrage für die Landesregierung wie folgt:

Zu 1.:

Schon beim ersten offiziellen Besuch in Washington im Oktober/November 1991 hat der Ministerpräsident alle für MIP relevanten amerikanischen Stellen über Zukunftschancen und Risiken von MIP Mainz in Kenntnis gesetzt. Der Ministerpräsident hat auf die materielle wie auf die symbolische Bedeutung von MIP hingewiesen. In diesem Zusammenhang wurde die amerikanische Seite unter anderem darüber informiert, daß in der Konversionsphase von rein militärischer zu ziviler Produktion durch eine Aufschiebung des Vertragsendes sowie einen Verbleib wichtiger Produktionsteile bei MIP die Umstellung der Produktion und damit die dauerhafte Sicherung von Arbeitsplätzen ermöglicht wurde.

Zu 2.:

Auch der neuerliche Besuch in Washington hat gezeigt, daß eine intensive Kontaktpflege unabdingbar ist, um in laufenden Entscheidungsprozessen die Belange von Rheinland-Pfalz, der militärisch geprägten Regionen des Landes und der Zivilbeschäftigten nachdrücklich vertreten zu können.

Zu 3.:

Die Landesregierung beurteilt die derzeitigen Beziehungen zu den USA, ihren Institutionen und Streitkräften als gut. An dem Vertrauensverhältnis ändern die Schwierigkeiten nichts, die für beide Seiten durch den erfreulichen Abrüstungsprozeß entstehen. Die Arbeitsbesuche des Ministerpräsidenten und auch die Besuche des Wirtschaftsministers haben dazu beigetragen, das gegenseitige Verständnis für gemeinsame Chancen und Risiken im Abrüstungsprozeß zu fördern. Als positives Beispiel für Partnerschaft und Kooperation kann auf beiden Seiten die zügige Entwicklung bei der Mitbenutzung und die angestrebte dauerhafte Umwandlung des Militärflughafens Hahn in einen zivilen Frachtflughafen gewertet werden.

Zu 4.:

Nach Erkenntnissen der Landesregierung hat der Beschluß des SPD-Bezirksparteitages Pfalz keinen Einfluß auf Überlegungen und Entscheidungen der politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen in den USA gezeigt.

Zu 5.:

Die Bemühungen von MIP und die gemeinsamen Anstrengungen von Bundes- und Landesregierung, das Unternehmen auf Dauer erfolgreich von der rein militärischen auf zivile Produktion umzustellen, werden fortgesetzt. Dabei leistet der Interessenvertreter des Landes wertvolle Vermittlungsdienste zwischen der Landesregierung und den amerikanischen Entscheidungsträgern in Regierung und Kongreß.

Zu 6.:

Die Landesregierung erhält eine monatliche Abrechnung über die erbrachten Leistungen im Rahmen des erteilten Mandates. Für 1991 ergibt sich auf der Basis des zum Zahlungstermin gültigen Dollarkurses insgesamt ein Betrag von 74 527,06 DM. Die Landesregierung hält das Honorar im Rahmen der geleisteten umfassenden Vertretung der rheinland-pfälzischen Interessen in Washington für angemessen.

Zu 7.:

Der zweite Washington-Besuch des Ministerpräsidenten fand in der Zeit vom 7. bis 10. Juni 1992 statt. Der Ministerpräsident hat dabei erneut die für MIP relevanten Stellen in eindringlichen Gesprächen auf die Bedeutung einer erfolgreichen Konversion des Betriebes hingewiesen.